

Finanztransaktionssteuer DGB sitzt Schäuble im Nacken

VON MARKUS SIEVERS



Schäuble (Bild: dpa) 🔍

Berlin. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) aufgefordert, beim Treffen mit seinen EU-Kollegen Ende dieser Woche die Finanztransaktionssteuer auf die Tagesordnung zu setzen und für diese zu werben.

Nur eine Finanztransaktionssteuer ermögliche es, staatliche Einnahmen in beträchtlicher Höhe zu erzielen und die Spekulation durch eine zielgerichtete Regulierung einzudämmen, schreibt DGB-Vorstand Claus Matecki in einem Brief an Schäuble.

Dieser hatte sich nach anfänglicher Sympathie für das Instrument für eine Bankenabgabe entschieden. Diese trifft jedoch nur die eine Branche und nicht andere Akteure wie Hedgefonds. Und sie setzt nicht bei der Spekulation direkt an, sondern soll sich an der Bilanzsumme orientieren. Die Gewerkschaften und andere finanzmarktkritische Gruppierungen hatten sich enttäuscht über den Kurswechsel Schäubles gezeigt. In dem Schreiben befasst sich Matecki mit drei Argumenten gegen eine Finanztransaktionssteuer, die die Europäische Kommission geltend gemacht hatte. Die Transaktionssteuer sei sehr wohl geeignet, Ausweichreaktionen auf unbesteuerte Märkte zu verhindern, so Matecki, da sie alle relevanten Felder einbeziehe. Zweitens belaste sie gerade die pure Finanzspekulation und verschone Geschäfte mit realwirtschaftlichem Hintergrund. Drittens führe sie - anders als von der EU angenommen - zu geringeren Preisschwankungen und mehr Stabilität.

Empfehlen via: [Twitter](#) [Facebook](#) [StudiVZ](#) [MySpace](#)

[document info]

Copyright © FR-online.de 2010

Dokument erstellt am 14.04.2010 um 16:30:55 Uhr

Letzte Änderung am 14.04.2010 um 20:35:53 Uhr

Erscheinungsdatum 14.04.2010 | Ausgabe: d

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/debatte_wirtschafts_und_finanzkrise/?em_cnt=2543639&em_loc=3885